

# Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit über 10 Jahren bin ich nun Mitglied der Gemeindevertretung und habe schon oft hier vorne gestanden. Heute allerdings feiere ich eine Premiere, denn ich darf zum ersten Mal die Haushaltsrede für die SPD-Fraktion halten.

Ich bin sehr froh darüber, dass diese Rede einem von unserem Gemeindevorstand vorgelegten Haushalt gilt, der sich durch eine umfangreiche Investitionstätigkeit und ohne Steuererhöhungen auszeichnet. Und das, obwohl wir einer besonderen Zeit mit großen Herausforderungen leben: Corona hat nicht nur die Welt verändert. Die Pandemie hat auch ganz erhebliche Auswirkungen auf die aktuelle und vor allem mittelfristige Finanzsituation der Kommunen, auch der Gemeinde Niederdorfelden.

Das hat sich bereits im letzten Haushaltsplan abgezeichnet. Die hieraus resultierenden Rahmenbedingungen, Einnahmeausfälle und Kostensteigerungen bringen große Herausforderungen mit sich. Insbesondere die Steuererträge – unsere Haupteinnahmequelle – sind um rd. 60% gegenüber dem Jahresergebnis des Jahres 2020 gesunken; dies sind rd. 2,5 Mio. Euro, die zur Finanzierung unseres Haushaltes schlicht und ergreifend fehlen. Wir wollen trotzdem nicht die Hände in den Schoß legen und resignieren, sondern unseren Ort weiter gestalten. Mit den geplanten Investitionen wie z.B. in eine Freizeitanlage für Kinder und Jugendliche, weitere Renaturierungsmaßnahmen der Nidder, die grundhafte Erneuerung des Weinberggrundwegs und wichtige Instandhaltungsmaßnahmen an unseren Straßen investieren wir in die Zukunft und unser aller Lebensqualität. Dabei ist es uns wichtig, die Kosten dafür nicht durch Steuererhöhungen auf die Bürgerinnen und Bürger abzuwälzen.

Insgesamt wollen wir knapp 2,7 Mio. Euro investieren, denen aber auch Einnahmen aus Zuschüssen in Höhe von 760.000 Euro gegenüberstehen. Netto heißt das für uns eine Summe von rund 1,9 Mio. Euro, die wir ohne Neuverschuldung aufbringen wollen. Dafür entnehmen wir den Betrag von 3 Mio. Euro aus den Überschüssen vom Baugebiet „Im Bachgange“. Der Investitionssaldo beträgt damit etwas über 1 Mio. Euro Überschuss.

Wir sind sehr froh, dass uns das Land Hessen in seinem Finanzplanungserlass wenigstens noch für das Jahr 2022 die Möglichkeit gibt, unseren Haushalt im ordentlichen Ergebnis durch unsere Rücklagen auszugleichen. Der positive Investitionssaldo hilft uns daher beim Ausgleich des Defizits im Ergebnishaushalt, das wir im ordentlichen Ergebnis in Höhe von knapp 1,84 Mio. Euro haben. Allein bei der Gewerbesteuer werden im nächsten Jahr rd. 1,4 Mio. Euro Wenigereinnahmen gegenüber dem Haushaltsansatz für das Jahr 2021 erwartet. Dürften wir dieses Defizit nicht mehr durch unsere Rücklage ausgleichen, müssten wir die 1,84 Mio. Euro aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einsparen. Um dies zu erreichen, müssten wir die Grundsteuer verdreifachen. Um Ihnen das zu veranschaulichen: Nehmen wir mal das Beispiel einer Familie mit einem Häuschen auf einem 300 qm großen Grundstück. Bei einer Anhebung der Grundsteuer um 1018 %, wie sie benötigt würde, würde dies eine jährliche Grundsteuersteigerung von 1.000 bis 1.200 € bedeuten!

Nur durch die Rücklage, also die Entnahme aus dem Baugebiet „Im Bachgange“, können wir diesen Fehlbetrag ausgleichen und müssen unsere Bürgerinnen und Bürger nicht mit einer so heftigen Steuererhöhung belasten. Aber wie gesagt, das dürfen wir nur noch 2022 tun! Daher richten wir den dringenden Appell an die hessische Landesregierung, den Kommunen diese Möglichkeit auch über das Jahr 2022 hinaus zu gewähren, ansonsten droht uns allen der finanzielle Kollaps.

Es kann doch auch nicht sein, dass wir zwar selbst erwirtschaftetes Geld haben, das aber nicht nutzen dürfen, um unvorhergesehene und unverschuldete Einnahmeausfälle oder höhere Ausgaben auszugleichen. Das ist doch völlig absurd und ermuntert niemanden mehr, überhaupt Rücklagen aufzubauen!

Auch die Finanzplanung zeigt, dass der Haushalt 2022 incl. der mittelfristigen Finanzplanung nur mit Überschüssen aus dem Baugebiet ‚Im Bachgange‘ finanziert werden kann. Genau dafür war die Entwicklung des Baugebietes auch vorgesehen, nicht umsonst war sie in den letzten Jahren immer ein Bestandteil unseres Haushaltssicherungskonzeptes gewesen. Es war vor allem immer klar, dass die Erlöse aus beiden Neubaugebieten – auch aus dem Hainspiel ist noch ein bisschen was übrig – für Investitionen in die Infrastruktur unseres Dorfes verwendet werden sollen. Das tun wir jetzt, und ich möchte vor allem auf die umfangreichste Maßnahme noch etwas genauer eingehen: Seit Jahren fordern viele Bürgerinnen und Bürger und eigentlich auch alle Fraktionen mehr Angebote für Jugendliche. Mit dem

bereits in der Bürgerversammlung vorgestellten Konzept von Soccerkäfig und „Ninja Parcours“ schaffen wir tatsächlich ein sehr attraktives Angebot für eine große Altersgruppe. Ich glaube, hätte es das schon vor 10 Jahren gegeben, ich hätte meine Kinder dort nicht mehr wegbekommen. Nun freue ich mich sehr, dass die nächste Generation einen solchen Platz zum Austoben und Ausprobieren bekommt. Die erwarteten Kosten nach Abzug von Fördergeldern beziffern sich auf rund 180.000 Euro. Ich glaube, das ist jeden Euro wert. Umso unverständlicher ist uns der Antrag der Grünen, auf eine Entnahme aus der Rücklage zu verzichten und nur noch – ich zitiere - „solche Investitionen vorzunehmen, die unabweisbar und gesetzlich zwingend vorgeschrieben sind“. Tja, gesetzlich vorgeschrieben ist noch nicht einmal die Hortbetreuung, geschweige denn ein Freizeitgelände für Jugendliche. Und so ein Antrag kommt ausgerechnet von der Fraktion, die im Kommunalwahlkampf noch am vehementesten einen Platz für die Jugendlichen, ach was, ein ganzes „Haus der Jugend“ eingefordert hat! Sorry – ich verstehe das nicht. Auch wir haben versprochen, endlich einen Platz für Kinder und Jugendliche zu errichten. Und wir halten unsere Versprechen.

Immerhin müssen wir aufgrund der gesunkenen Steuerertragskraft im Jahr 2022 keine Solidaritätsumlage entrichten, sondern bekommen sogar erstmals eine kleine Schlüsselzuweisung in Höhe von 96.300 Euro. Ursprünglich war im Haushaltsentwurf sogar von einer Schlüsselzuweisung in Höhe von 188.000 Euro ausgegangen worden, aber das Land hat nach seiner neusten Berechnung zum kommunalen Finanzausgleich auch die in 2020 gezahlten Soforthilfen aus dem Sondervermögen als Grundlage der Berechnung herangezogen - und zack – bekommen wir natürlich weniger. Das gilt an der Stelle natürlich auch für die zu zahlende Schul- und Kreisumlage, die durch die neuen Planungsdaten auch wieder steigen. Aber was soll's, wir sind froh über jeden zusätzlichen Euro.

Wie jedes Jahr gibt es natürlich das eine Thema, dass uns umtreibt. Es hat etwas von „und täglich grüßt das Murmeltier“: Für die Finanzierung der Kinderbetreuung fehlt uns immer noch eine ausreichende Finanzausstattung. Mit den Zuweisungen des Landes können gerade mal rd. 25% der Kosten gedeckt werden, rund 6% werden durch Kostenbeiträge der Eltern gedeckt. Dies bedeutet, dass die Gemeinde den größten Anteil, nämlich über zwei Drittel der Kosten, selbst finanzieren muss. Für den Haushalt 2022 ist es diesmal ein Defizit von rd. 2,2 Mio. Euro, das wir kompensieren müssen und eigentlich nicht können. Und wie jedes Jahr fordern wir daher die hessische Landesregierung an dieser Stelle auf, ihrer Pflicht nachzukommen und

die Städte und Gemeinden für diese gesamtgesellschaftlich so wichtige Pflichtaufgabe auch ausreichend zu finanzieren!

Schauen wir uns die veranschlagten Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt an, kann man das auch noch mal sehr gut nachvollziehen: Von den Personalkosten, die rund 37% der Gesamtaufwendungen ausmachen, stammen 62% allein aus dem Bereich Kinderbetreuung! So ist es tatsächlich kein Wunder, dass das Jahresergebnis 2022 dieses Defizit in Höhe von knapp 1,84 Mio. Euro aufweist.

Das Bittere dabei ist: In den letzten Jahren hat uns die Verwaltung, allen voran Bürgermeister Büttner, aus einer desolaten finanziellen Lage herausgeführt. Wir haben es mit einem Haushaltssicherungskonzept und teilweise schmerzhaften Entscheidungen geschafft, die Finanzen der Gemeinde wieder auf stabile Füße zu stellen. Dass wir nun wieder ein Defizit im Haushalt haben, ist nicht auf das schlechte Wirtschaften des Gemeindevorstands und der Verwaltung zurückzuführen, sondern auf die Coronapandemie und die nach wie vor unzureichende Unterstützung des Landes! Wir wissen aus unserer Erfahrung, dass wir großes Vertrauen in den Bürgermeister und seine Mitarbeiter:innen haben können. Wir haben dieses Vertrauen und werden daher dem vorgelegten Haushaltsentwurf mit den enthaltenen Änderungen zustimmen.

Abschließend danke ich der Verwaltung, namentlich der Kämmerin Ute Klingelhöfer sowie den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfänglichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2022.

Einen besonderen Dank möchte ich in diesem Jahr im Namen der SPD-Fraktion an unseren Bürgermeister Klaus Büttner und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Niederdorfelden richten, ob in den Kitas, auf dem Bauhof oder in der Verwaltung, die in der gegenwärtigen Krise selber unter großen Einschränkungen bei ihrer täglichen Arbeit leiden mussten und dennoch und mit großem Engagement immer ihr Bestes gegeben haben, um alle Bürgerinnen und Bürger Dorfeldens, ob Groß oder Klein, gut durch die Pandemie zu bringen. Herzlichen Dank!